



SPD-Zeitung für Planegg

# der Würmkauz

Nr. 79

Nachrichten aus dem SPD Ortsverein Planegg

Januar 2009

## Jubiläumsjahr 2009

Von Annemarie Detsch

**Die Urkunde, in der Planegg erstmals erwähnt wird, datiert vom 7. Februar 1409. 600 Jahre sind seither vergangen und natürlich muss ein solches Jubiläum gefeiert werden.**

Die Vorbereitungen brauchen einen langen Vorlauf, und so entstand bereits unter Bürgermeister Dieter Friedmann das Konzept für den Festakt am 7. Februar und die Festwoche vom 16. bis 24. Mai. Das Organisationskomitee unter Leitung von Erwin Holzappel arbeitet seit mehreren Jahren ehrenamtlich. Eine Chronik von Planegg wurde vom Arbeitskreis Ortsgeschichte erstellt, die in drei Bänden Geschichte und Geschichten unserer Gemeinde erzählt. Die örtlichen Vereine, die Schulen und Kindergärten, unsere Partnergemeinden und die ganze Bevölkerung sind herzlich eingeladen, sich an dem Jubiläum zu beteiligen. Bitte nutzen Sie auch die Möglichkeit des Kartenvorverkaufs!

Doch 2009 wird nicht nur gefeiert – der Gemeinderat wird auch wichtige Entscheidungen für die Zukunft Planeggs treffen. Die Verlängerung der U6 nach Martinsried muss vorangebracht werden, der Wettbe-

werb für den Bahnhofplatz in Planegg wird ausgelobt, der Gemeinderat muss einen neuen Beschluss zur Staatsstraße 2063neu fassen.

Der Lenkungskreis Martinsried wird die Ergebnisse seiner bisherigen Arbeit vorstellen und die Arbeit fortsetzen, der Gemeinderat wird sich mit der Ortsmitteplanung Martinsried beschäftigen. Für für das Kinder- und Familienzentrum werden die Realisierungsschritte festgelegt, das Parkdeck und die Outdooranlage am Feodor-Lynen-Gymnasium müssen geplant werden.

Im Straßenbau stehen das Quartier südlich der Ketteler Straße, der Bebauungsplan zur Verlängerung der Lärmschutzwand Germeringer Straße und die Fürstenrieder Straße zur Realisierung, das Quartier zwischen Bräuhaus- und Hofmarkstraße südlich der Germeringer Straße sowie die Josef-von-Hirsch-Straße zur Planung an.



Annemarie Detsch, 1. Bürgermeisterin

Dringlich ist nach wie vor eine weitere Einkaufsmöglichkeit in Planegg: Sollten sich die Verhandlungen positiv gestalten, muss der Gemeinderat schnell entscheiden.

Es gibt viel zu tun und viel zu feiern in unserer Gemeinde im Jahr 2009 – möge das Jubiläum für alle ein unvergessliches Erlebnis werden und die anstehenden Aufgaben zum Wohl unserer Bevölkerung erledigt werden – dafür werde ich mich mit dem Gemeinderat und der Unterstützung der Verwaltung mit aller Kraft einsetzen!

**Liebe Planeggerinnen und Planegger,**

**Die SPD Planegg wünscht Ihnen und Ihrer Familie ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2009!**

**Bernd Gropper**  
Ortsvereinsvorsitzender

**Benjamin Wittstock**  
Fraktionsvorsitzender

# Vorfahrt für Lebensqualität und Umwelt



Von Roman Brugger

**Im Würmtal ist 80% des Verkehrs hausgemachter Ziel- und Quellverkehr. Im Bemühen, die negativen Auswirkungen dieses Verkehrs wie Lärmbelastung, CO<sub>2</sub> Ausstoß und Feinstaub zu vermindern, haben die Gemeinderatsfraktionen der SPD und der Gruppe 21 am 10.07.2007 den Antrag gestellt, in Planegg ein Konzept für ein Mobilitätsmanagement zu erarbeiten.**

Im Detail wurde beantragt, regelmäßige Verkehrszählungen durchzuführen, eine Bürger- und Beschäftigtenbefragung zum Verkehrsverhalten, verbunden mit einem individuellen Marketing zur Verhaltensänderung (Dialogmarketing), sowie eine Schwachstellenanalyse für das Rad- und Fußwegnetz sowie den ÖPNV zu beauftragen.

Der Antrag wurde nach eingehender Diskussion im Gemeinderat zunächst zurückgestellt und die Verwaltung

beauftragt, einen Vertreter der Firma „Socialdata“ zu gewinnen die Möglichkeiten des individuellen Marketings zur Verringerung des Verkehrs vorzustellen. Da regelmäßige Verkehrszählungen bereits beauftragt sind und eine Schwachstellenanalyse des ADFC aus den Neunziger Jahren nur aktualisiert werden müsste, bleibt die zentrale Forderung, eine Bürgerbefragung verbunden mit individuellem Marketing durchzuführen.

Derartige Aktivitäten führt die Firma Socialdata seit ca. zehn Jahren in verschiedenen Städten der USA, Australiens und Europas durch. Darunter auch in Nürnberg und Starnberg.

Beeindruckend im Vortrag, den Herr Dr. Brög von „So-

PKW Nutzung nicht verteuert wird, sondern versucht, sie auf das notwendige Maß zurück zu führen.

Ein Blick nach Starnberg zeigt, dass Potenziale für einen Umstieg auf umweltverträgliche Verkehrsmittel durchaus vorhanden sind.

„Insgesamt wurden 2005 in Starnberg pro PKW 452 Fahrten im Binnenverkehr zurückgelegt, von denen nur 9% weiter als 5 Kilometer, aber **14% unter einem Kilometer liegen** (durchschnittliche Fußweg-Entfernung eines Starnbergers). Etwas mehr als die Hälfte (56%) aller Fahrten waren nicht länger als 3 Kilometer (durchschnittliche Radweg-Entfernung eines Starnber-

## PKW – FAHRTEN (PRO JAHR)

– Starnberg 2005 –

Fahrten pro Jahr	853
Davon im Binnenverkehr	452

	Bis einschl. 1,0 km (Ø 0,9 km)	Von 1,1 bis einschl. 3,0 km (Ø 2,3 km)	Von 3,1 bis einschl. 5,0 km (Ø 4,3 km)	Über 5,0 km	Gesamt	
Arbeit	8	35	15	11	69	15%
Versorgung	24	84	32	13	153	34%
Freizeit	17	70	35	9	131	29%
Sonstiges	16	64	14	5	99	22%
<b>Gesamt</b>	<b>65</b>	<b>353</b>	<b>96</b>	<b>38</b>	<b>452</b>	
	14%	56%	21%	9%		

Quelle: Individualisiertes Marketing für den Umweltverbund in Starnberg November 2006 (Endbericht)

cialdata“ im Gemeinderat gehalten hat, war der **homöopathische** Weg zu einem gesunden Mobilitätsverhalten. Sinn dieses Weges ist es, mit kleinen (!) Schritten und mit Hilfe des Dialogmarketings, das Mobilitätsverhalten der Bürgerinnen und Bürger zu verändern. Hervorzuheben ist, dass bei diesem Weg die

gers). Ein weiteres Viertel (21%) endet nach etwa 5 Kilometern. **Somit sind 91% aller Fahrten nicht weiter als 5 Kilometer.** Eine Strecke, die man auch zu Fuß bzw. mit dem Rad erledigen kann. Lediglich 9% der Fahrten sind weiter als 5 Kilometer.“

Das Veränderungspotential wird deutlich durch die Statistik der Verkehrsmittelwahl. Vor den Marketing Aktivitäten wurde die Hälfte der Wege mit dem PKW zurückgelegt. Dies entspricht einem Anteil von 10 Fahrten pro Person und Woche. Falls diese Personen nur zwei Fahrten pro Woche zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurücklägen anstelle mit dem PKW ergäbe dies eine Reduzierung der PKW Fahrten um 20%! Die nach der Dialogmarketing Aktion durchgeführte Erhebung in Starnberg zeigt deutlich die positive Wirkung, die damit erzielt wurde:

- Steigerung der Fahrradfahrten um +117%
- Steigerung der ÖPNV Nutzung um +13%
- Steigerung der zu Fuß zurückgelegten Wege um +3%
- Reduzierung des PKW Verkehrs um 74 Fahrten pro Person entsprechend -15%
- Abnahme der zurückgelegten PKW Kilometer um 3,1 Mio. km entsprechend -8%
- Positive Auswirkung auf die Gesundheit der Zielpersonen durch gesteigerte körperliche Aktivitäten.

Es ist bedauerlich, dass Angesichts der positiven Ergebnisse in Starnberg die Mehrheit des Planegger Umweltausschusses dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen konnte und die Durchführung eines Dialogmarketings in Planegg abgelehnt hat. Schade, denn da die Bevölkerungsstruktur im Würmtal ist durchaus mit der in Starnberg vergleichbar ist, hätte hier eine ähnlich positive Wirkung erzielt werden können.

## MÖGLICHE VERHALTENSÄNDERUNGEN

– Starnberg 2005 –

	Verkehrsmittelwahl	Wege pro Person/Jahr	Reduzierung um 1/5 20%
Zu Fuß	21%		
Fahrrad	6%		
Mot. Zweirad	1%		
PKW als Fahrer(in)	49%	518	104 (2 Fahrten pro Woche)
PKW als Mitfahrer(in)	15%		
ÖPNV	8%		

Quelle: Individualisiertes Marketing für den Umweltverbund in Starnberg November 2006 (Endbericht)

Von den Gegnern des Antrags wurden die Kosten der Marketing Aktion in Höhe von rund 190.000 Euro angeführt und empfohlen, den ÖPNV auszubauen und die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren.

Nach Meinung der SPD Fraktion lohnt sich jedoch die Investition in jedem Fall. Denn wie die Erfahrungen aus anderen Städten und Gemeinden zeigen, wird durch diese Maßnahmen der ÖPNV gestärkt, seine Nutzung verbessert und somit ein günstigeres Kosten-Nutzen-Verhältnis herbeigeführt. In Nürnberg wird, um den Anteil des ÖPNV von 21% am Gesamtverkehr zu halten, das Verkehrsverhalten der Bürgerinnen und Bürger seit 30 Jahren kontinuierlich untersucht. Neben der günstigen Kostensituation ist darüber hinaus hervorzuheben, dass die Umwelt durch die öffentlichen Verkehrsmittel deutlich weniger belastet wird. Dies ist für die Stadt ein wichtiger Aspekt im Hinblick auf die Verschärfung der EU-weiten Luftqualitätswerte.

Für die SPD Fraktion im Planegger Gemeinderat ist die wissenschaftliche Basis des Mobilitätsmanagements zur Änderung des Verkehrsverhaltens unabdingbar. Eine ge-

meindliche Broschüre, sei sie auch noch so gut gemacht, kann diese Aufgabe unserer Meinung nach, nicht leisten. Deshalb werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass ein Mobilitätsmanagement in Planegg durchgeführt wird. Aus Gründen der Gesamteffizienz wäre es wünschenswert, wenn sich alle Würmtalgemeinden an dieser Maßnahme beteiligen könnten. Wir sollten uns als Gemeinde jedoch nicht davon abhalten lassen und versuchen, ein positives Signal zur Änderung des Verkehrsverhaltens zu setzen.

Die SPD möchte das Thema gerne weiter im Gemeinderat diskutieren und hat bereits einen Nachprüfungsantrag gestellt. Die SPD würde sich über die Meinungen und Kritik der Planegger Bürgerinnen und Bürger sehr freuen.

E-Mail:  
roman.brugger@spd-planegg.de

### Impressum

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein Planegg, [www.spd-planegg.de](http://www.spd-planegg.de)  
Telefon (0179) 215 74 55

Redaktion:  
Benjamin Wittstock, birgit Naumann

Fotos: Jan Roeder, privat

Layout: Benjamin Wittstock, birgit Naumann

Druck: Satz-Bild-Grafik, Martinsried  
Auflage: 6.000

# Politisches Desinteresse bei Jugendlichen?



Von Bela Bach

**Wie kann es sein, dass Studiengebühren erhoben werden, obwohl die Ungerechtigkeit, die darin liegt, doch offensichtlich ist? Wie kommt es, dass das G8 entgegen der Wünsche von Schülerinnen und Schülern eingeführt wird und nun schon seit etwa 4 Jahren Bestand hat?**

G8 und Studiengebühren stoßen bei SchülerInnen und StudentInnen nicht auf Akzeptanz, sondern auf Ablehnung - die Möglichkeit zur Durchsetzung solcher Maßnahmen liegt allein in der Passivität der Betroffenen. Sicherlich gibt es Bewegungen und Initiativen, die sich gegen G8, Studiengebühren und andere Reformen richten, bezeichnend ist jedoch, dass dies nur ein kleiner Teil ist, die breite Masse der Jugendlichen zeigt aber keine politische Partizipation.

Das Desinteresse von Jugendlichen an Politik hat verschiedene Ursachen. Entscheidend

ist hier u.a. die Einstellung zur Politik, das Verantwortungsbewusstsein und das eigene Selbstverständnis als BürgerIn. Es hakt bei vielen aber bereits an der Einstellung zur Politik. Unwissen und negative Beeinflussungen durch das private Umfeld lassen ein negatives „Image“ von Politikern und der Politik im Allgemeinen entstehen, was zu der Einstellung führt, die politische Aktivität des Einzelnen und erst recht die des Jugendlichen, könne nichts verändern.

Doch wenn man die Bildungspolitik betreffend noch von Passivität sprechen kann, so kann man im Bezug auf das weitere politische Spektrum von absolutem Desinteresse sprechen. Fühlt sich der/die SchülerIn beim Thema G8 zumindest noch angesprochen, hat er/sie für die Gesundheitsreform nicht das geringste Interesse übrig.

Aber weshalb sollte er/sie es auch haben? Zu Themen wie dem Gesundheitswesen oder Steuerregelungen haben Jugendliche tatsächlich keinen persönlichen Bezug und werden vom Großteil auch als trocken empfunden, weil sie ein gewisses Sachwissen voraussetzen, das meist nicht gegeben ist. Weshalb, muss man sich fragen, ist es nicht gegeben? Ist das nicht Aufgabe der Schule? Die Schule sollte diese wichtige Aufgabe der politischen Bildung des/der BürgerIn eigentlich übernehmen, es ist jedoch unmöglich dem/der SchülerIn Wissen, Urteilsfähigkeit und Interesse innerhalb eines einzigen Schuljahres zu vermitteln. Denn Sozialkunde ist an bayerischen Schulen nur in der 10. Klasse ein Unterrichtsfach, fällt dann in der 11. Klasse weg und kann erst

in der Kollegstufe bei Bedarf wieder belegt werden. Das heißt, dass all diejenigen Schüler, die das Fach Sozialkunde in der Kollegstufe nicht belegen, nur ein Schuljahr Sozialkundeunterricht hatten. Dieser Unterricht ist zudem unzureichend, denn in der Regel werden hier nur das Staatswesen und politische Strukturen vermittelt, nicht aber die Programmatik und die Richtlinien von Parteien. Parteien sind es aber, die den Zugang zur Politik ermöglichen und Politik letztendlich auch machen.

Das Interesse und auch die Teilnahme am politischen Leben durch die Parteien ist essentiell für die Demokratie. Die BRD, als eine partizipatorische Demokratie, ist auf integrierte Bürger angewiesen, nur so funktioniert Demokratie. Gerade deshalb ist es wichtig, Jugendliche, die die WählerInnen und auch PolitikerInnen von morgen sind, in die Demokratie einzubinden und parteipolitisches Engagement zu fördern.



Bela Bach (18) ist seit 2007 Mitglied der SPD. Sie engagiert sich als Jusos im Vorstand des Ortsvereins. Bela ist Schülerin der K12 des Elsa Brändström Gymnasiums. Als engagierte Schülerin erhielt sie 2004 den Bundespreis im 51. Europäischen Wettbewerb „Europa verstehen - kulturell und sportlich“. Zudem besucht sie die Kunstschule am Isartor und spielt Klavier.

# Zur Finanzkrise an sich



Von Daniel Middleman

**Während die Bundesregierung sich zur Zeit fieberhaft mit der Frage beschäftigt, wie sie mit Hilfe kurzfristig angelegter finanzpolitischer Maßnahmen, wie Steuersenkungen oder die Vergabe von sog. Konsumgutscheinen, der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise entgegen wirken kann, ist es mit Sicherheit auch an der Zeit sich Gedanken zu machen, welche Folgerungen und Schlüsse wir mittel- und langfristig aus dieser Krise ziehen.**

Anhand dreier Punkte möchte ich aufzeigen, was ich in Zukunft an Veränderungen erwarte:

## **1. Thema Kreditvergabe**

Es kann nicht sein, dass sogenannte Ratingagenturen auch weiterhin Kreditwürdigkeitsbescheinigungen für zahlungsunfähige Kunden ausstellen, so wie es beispielsweise jahrelang bzw. jahrzehntelang auf dem US-Immobilienmarkt der Fall war.

## **2. Thema Landesbank**

Wenn die bayerische Landesbank auch weiterhin existieren möchte, dann muss sie sich ganz klar auf ihre Wurzeln besinnen; anstatt irgendwo wild in der Welt blind mitzuspekulieren in Gebieten, in denen sie sich nicht auskennt, sollte sie das tun, wofür sie ursprünglich konzipiert wurden: z.B. die Vergabe von Krediten an in Bayern ansässige, mittelständische Unternehmen.

## **3. Thema internationale Zusammenarbeit**

Generell muss sich die internationale Staatengemeinschaft, allen voran die G20, so schnell wie möglich auf allgemein anerkannte, klare Regeln und Konvention einigen.

Zudem muss der Handel mit äußerst riskanten Finanzprodukten wie hedge-fonds staatlich eingeschränkt und verschärft reglementiert werden.

Auch wenn wir uns erst am Anfang dieser Krise befinden, können wir eines jetzt schon

mit Sicherheit sagen: Das globale Wirtschaftssystem in seiner jetzigen ausweichenden, neoliberalen Ausrichtung hat versagt, bzw. ist gerade dabei dies zu tun!

Phrasen wie „der Markt werde sich schon selbst regulieren“ werden hoffentlich ein für alle mal der Vergangenheit angehören. Was wir dringend brauchen, ist ein globales wirtschaftliches Miteinander und international ausgerichtete Finanzmärkte, welche auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft beruhen, wenn wir so eine Krise, wie wir sie jetzt in dieser Form erleben, in Zukunft verhindern wollen.



Daniel Middleman ist 23 Jahre alt und seit 2004 Mitglied der SPD. Er engagiert sich als Jusos im Vorstand des Ortsvereins Planegg. Bei den Gemeinderatswahlen 2008 kandidierte er auf Listenplatz 12. Seit 2007 studiert Daniel an der LMU Geschichte und Englisch auf Lehramt.

In den bevorstehenden, wirtschaftlich schwierigen Zeiten wünscht er sich viele kontroverse Diskussionen auf allen politischen Ebenen.

Monika Schulz

# Planegg - Geschichte und Geschichten



## 600 Jahre PLANEGG

600 Jahre sind vergangen  
seit die Geschichte angefangen.  
Da wird Planegk erstmals genannt,  
so wie es im Verkaufsbrief stand.

Es war am 7. Februar,  
als Tömlinger noch Eigner war  
vom Sedlhof und von der Mühle,  
von 200 Schafen - ziemlich viele.  
Was sonst noch sein Besitz gewesen,  
das kann man im Verkaufsbrief lesen:  
des Varchers Hof, ein Haus, zwei Stadel,  
der Käufer war von Bayerns Adel.

Herzog Wilhelm hatte nun  
Planegk in seinem Eigentum.  
Der Herzog hatte einen Sohn,  
er landete nicht auf dem Thron,  
weil er nicht ehelich entstand,  
die Mutter - sie blieb unbekannt.

Vater Wilhelm tat das Beste  
und erbaute eine Veste  
für den Konrad, seinen Spross  
und schenkte ihm Planegk und Schloss.  
So steht es drin im Dokument,  
das ihn „von Egenhofen“ nennt.

Was sonst noch in Planegg geschah,  
bringt uns jetzt eine Chronik nah.  
Sie entstand mit sehr viel Fleiß  
im Ortsgeschichte - Arbeitskreis.  
Gesammelt wurde und sortiert  
und fast 10 Jahre recherchiert  
und siehe da – zu unser'm Glück  
aus Steinchen wurd' ein Mosaik.

Drei Bände werden bald berichten  
Planeggs Geschichte und Geschichten  
und wie's in Martinsried gewesen  
kann man im dritten Band nachlesen.

600 Jahr Vergangenheit  
aus guter und aus dunkler Zeit.  
Bald kann man dieses Werk erwerben  
zum Verschenken und Vererben.  
Es soll in keinem Haushalt fehlen,  
ich kann es allen sehr empfehlen,  
denn wer es liest, der weiß Bescheid  
von Planeggs Vergangenheit.



Planegg

SPD

**Die Planegger SPD lädt ein!**

### Diskussion zur Finanzkrise

VERANSTALTUNGS-  
HINWEIS

Mittwoch, 4. Februar 2009, 19.00 Uhr  
Hubertusstuben, Heide Volm Planegg

Mit Tim Weidner (SPD), Banker und  
Matthias Dischinger, Volkswirt an der LMU  
diskutieren und stellen sich Ihren Fragen.